



Verband der bündnisgrünen
Kommunalen Wahlbeamtinnen
und Wahlbeamten Deutschlands e.V.

c/o GAR Landesverband
Baden-Württemberg
Telefon 0172-6223395

Vorsitz: Klaus-Peter Murawski
Bürgermeister
Rathaus Stuttgart
Telefon (0711)2 16-23 40
Fax (0711)2 16-33 85
e-mail: klaus-peter.murawski@stuttgart.de

Pressemitteilung

15.11.2008

Grüne Bürgermeister in Erfurt: Krankenhäuser von Ulla Schmidt existentiell bedroht!

Der Bundesverband der bündnisgrünen Bürgermeister/innen und Dezernenten/innen tagte am 14./15.11.2008 am Rande der Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN in Erfurt.

Die Vertreter des Verbandes die 102 kommunale Wahlbeamtinnen und Wahlbeamte im ganzen Bundesgebiet repräsentieren, rückten die Absicht von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt, den deutschen Krankenhäusern im Jahr 2009 weitere finanzielle Einschnitte zuzumuten in den Mittelpunkt ihrer Tagung und beschlossen folgende Stellungnahme:

Eine neue „Deckelungsrunde“, wie sie von Ulla Schmidt beabsichtigt ist, Mehrausgaben im Krankenhausbereich im Jahr 2009 durch ergänzende gesetzgeberische Maßnahmen zu begrenzen, führen die deutschen Krankenhäuser ins finanzielle Desaster.

Danach werden Mehrleistungen bei den Landebasisfallwerten nur zu 35% bezahlt, zusätzlich zu einer weiteren Absenkung des Landesbasisfallwertes. Im Ergebnis werden so den Krankenhäusern 1,3 Mrd. EUR entzogen und die von Ulla Schmidt vorgesehenen Finanzierungshilfen mit dem gleichen Gesetz wieder weggenommen! Nachdem sich die Krankenhäuser unter der Deckelung der letzten 15 Jahre wesentlich effizienter aufgestellt haben, das heißt mit sinkenden Kosten wesentlich mehr und schwerer erkrankte Patienten behandelt haben, will Ulla Schmidt sie jetzt dafür bestrafen, indem die damit verbundenen Erlöse nicht bezahlt werden. Das wird zu einer erheblichen Verlängerung der Wartezeiten für die Patienten führen. Insbesondere trifft dies die kommunalen Krankenhäuser, die ohnehin aufgrund ihrer hohen Kostenbelastung ständig von Privatisierung bedroht sind.

Solche Änderungen würden in die völlig falsche Richtung gehen.

- Es muss einen vollen Ausgleich für alle Preissteigerungen geben.
- Es muss für die Zukunft statt des Deckels einen Warenkorb geben und die fest gestellten Preissteigerungen müssen zu 100 % finanziert werden.
- Die 21.000 Pflegestellen müssen voll finanziert werden.
- Die Personalvorgaben gemäß PsychPV sind vollständig zu refinanzieren.
- Keine weiteren Kürzungen zu Lasten der Krankenhäuser. Besonders bedrohlich ist die Absicht, Fallzahlensteigerungen in Zukunft durch Ministeriumsverordnung zu begrenzen (Krankenhäusern sollen die Kosten zusätzlicher Fälle nur noch zu 35% erstattet bekommen). Dies führt zu unnötig langen Wartezeiten für Patienten.

Erfurt am 15.11.2008

Marlis Bredehorst
Sozial- und Gesundheitsdezernentin
Der Stadt Köln
Vorstand Grünkom e.V.

Klaus-Peter Murawski
Bürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart
Vorsitzender Grünkom